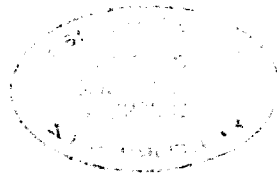


Inhaltsbestimmung und Abgrenzung
der Normsetzungskompetenzen
des Gemeinsamen Bundesausschusses
und der Bewertungsausschüsse im Recht
der gesetzlichen Krankenversicherung

Von

Karin Ziermann



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

A. Historische Entwicklung des Kassenarztrechts	13
I. Rechtslage vor dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (KVG) vom 15.06.1883	13
II. Das Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter	14
III. Rechtslage bis zum Inkrafttreten der RVO 1914	17
IV. Die Reichsversicherungsordnung und das sog. „Berliner Abkommen“ ..	19
V. Die Verordnung von 1923 und die Notverordnung von 1930	22
VI. Die Notverordnung von 1931	25
VII. Von 1933 bis zur gesetzlichen Neuregelung 1955	27
VIII. Das Gesetz über das Kassenarztrecht	29
IX. Die wesentlichen Änderungen des GKAR bis zum Inkrafttreten des SGB V	32
1. Das Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz vom 28.12.1976	32
2. Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz vom 27.06.1977	33
3. Das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz vom 22.12.1981	35
X. Rechtliche Rahmenbedingungen zwischen Ärzten und Krankenkassen nach Inkrafttreten des SGB V bis heute	36
1. Das Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen vom 20.12.1988	36
2. Die Einigung Deutschlands	36
3. Das Gesundheitsstrukturgesetz 1993	37
4. Weitere wesentliche Gesetzesinitiativen bis zur dritten Stufe der Gesundheitsreform	39
5. Das Gesetz zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 vom 22.12.1999 (GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000) ...	41
6. Das geltende Recht: Das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) vom 14.11.2003	44
XI. Die Entwicklung des Vertragszahnarztrechts	46
B. Der Gemeinsame Bundesausschuss gemäß §§ 91 ff. SGB V im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung	59
I. Organisation, Zusammensetzung und Bestellung der Mitglieder	59
II. Rechtsnatur des Gemeinsamen Bundesausschusses	63
1. Die Rechtsprechung des BSG	64
2. Auffassungen in der Literatur	66
3. Eigene Wertung	68
4. Ergebnis	72

III.	Demokratische Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses und seiner Entscheidungen	73
1.	Personelle Legitimation	78
2.	Materielle Legitimation	86
3.	Zwischenergebnis und Lösungsvorschlag	87
4.	Kompetenzen der Aufsicht	92
5.	Ergebnis	94
IV.	Aufgaben und Kompetenzen des Gemeinsamen Bundesausschusses beim Erlass von Richtlinien	95
1.	Kompetenzzuweisungen nach dem SGB V	97
2.	Die Rechtsprechung des BSG	100
3.	Entwicklungslinien der Kompetenzzuweisungen	100
4.	Kompetenzen des Gemeinsamen Bundesausschusses zum Ausschluss von Leistungen	104
5.	Kompetenz des Gemeinsamen Bundesausschusses zu Regelungen mit Auswirkungen auf die ärztliche Berufsfreiheit am Beispiel der Bedarfsplanung	107
6.	Systemversagen des Bundesausschusses und Übertragung auf den Gemeinsamen Bundesausschuss	110
a)	Begrenzungen des Leistungsanspruchs der Versicherten unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit: Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden	112
b)	Grenzen exekutiver Rechtsetzung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss und Rückbesinnung auf den Vorrang des Gesetzes	117
7.	Eigene Wertung und Ergebnis	120
V.	Rechtsnatur und Verbindlichkeit der Richtlinien	122
1.	Die ältere Auffassung des BSG	124
2.	Die neuere Auffassung des BSG	126
3.	Die Auffassungen in der Literatur	132
4.	Ergebnis	135
VI.	Zivil- und europarechtliche Einflüsse auf das Handeln des Gemeinsamen Bundesausschusses	138
VII.	Sozialgerichtliche Überprüfbarkeit der Richtlinien	140
C.	Die Bewertungsausschüsse der (Zahn)Ärzte und Krankenkassen gem. § 87 SGB V	144
I.	Organisation, Zusammensetzung und Bestellung der Mitglieder	144
II.	Rechtsnatur des Bewertungsausschusses	147
1.	Auffassungen in Literatur und Rechtsprechung	147
2.	Eigene Wertung und Ergebnis	149
III.	Demokratische Legitimation der Bewertungsausschüsse	153
IV.	Kompetenzen der Aufsicht gegenüber den Bewertungsausschüssen	156
D.	Aufgaben und Kompetenzen der Bewertungsausschüsse	162

I.	Rechtsnatur des Bewertungsmaßstabes	162
II.	Bedeutung des Bewertungsmaßstabes im Leistungsrecht der GKV	164
III.	Aufgaben und Kompetenzen der Bewertungsausschüsse nach den gesetzlichen Regelungen	166
	1. Gesetzliche Vorgabe für den ärztlichen Bereich	169
	2. Gesetzliche Vorgabe für den zahnärztlichen Bereich	169
	a) Steuerungspotenzial des Bewertungsausschusses im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung	171
	b) Sachzusammenhang der gesetzlichen Aufträge an den damaligen Bundesausschuss der Zahnärzte und Krankenkassen und an den Bewertungsausschuss für die zahnärztlichen Leistungen	176
	c) Ergebnis	180
	3. Anwendungs- und Abrechnungsbestimmungen	181
	4. Kompetenz zur Festlegung von Abrechnungsausschlüssen unter Beachtung des Art. 3 GG und des Art. 12 GG	181
IV.	Konkretisierung von Aufgaben und Kompetenzen der Bewertungsausschüsse durch die Rechtsprechung	183
V.	Europarechtliche Einflüsse auf das Handeln der Bewertungsausschüsse	195
VI.	Sozialgerichtliche Überprüfbarkeit der Entscheidungen des Bewertungsausschusses	197
E.	Konkurrenz der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses und Ausübung der Bewertungskompetenz des Bewertungsausschusses bzw. des erweiterten Bewertungsausschusses	202
	I. Bedeutung der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses für die Entscheidungen des Bewertungsausschusses am Beispiel der Umstrukturierung des BEMA für die zahnärztlichen Leistungen gemäß § 87 Abs. 2 b SGB V	205
	II. Neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden	211
	III. Aufnahme neuer Leistungen in den Bewertungsmaßstab, für die der Gemeinsame Bundesausschuss noch keine Aufnahme in die Richtlinien beschlossen hat?	212
	IV. Verpflichtung zur Aufnahme einer vom Gemeinsamen Bundesausschuss anerkannten Leistung in den Bewertungsmaßstab?	213
	V. Kompetenz des Bewertungsausschusses zur Entscheidung über die Finanzierbarkeit der Leistungen?	215
	VI. Kompetenz des Bewertungsausschusses zur Konkretisierung der allgemeinen Aussagen in den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses durch Festlegung des Inhalts der Leistungsbeschreibungen	216
	VII. Ergebnis	219
F.	Reformvorschlag zur Lösung kompetenzrechtlicher Probleme	222
G.	Zusammenfassung	227
	Literaturverzeichnis	231
	Sachregister	247